



**Europäische
Bewegung
Deutschland**

Politische Forderungen 2018/19

Beschluss der EBD-Mitgliederversammlung am 2. Juli 2018

Die Europäischen Werte und Grundrechte achten | Die Europäische Union und ihre Institutionen müssen sich, ebenso wie mitglieds- und nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure, stärker und gezielter für die Wahrung und Förderung der europäischen Werte und Grundrechte in den Mitgliedstaaten und den Beitrittskandidaten einsetzen. Künftige Beitrittskandidaten haben die Aufgabe, demokratische Kräfte zu stärken und die Einhaltung europäischer Werte zu gewährleisten. Für die Sicherung und Förderung Europäischer Werte und Grundrechte sollen die Europäische Union – einschließlich ihrer Institutionen – und die Bundesregierung rechtliche Mechanismen aus den Verträgen anwenden und finanzielle Sanktionen verhängen.

Europäische Demokratie und Parlamentarismus stärken | Die Bundesregierung soll im Verbund mit möglichst vielen Mitgliedstaaten Reforminitiativen für die Demokratie der EU initiieren und die breite gesellschaftliche Diskussion fördern. Entscheidungen der EU müssen für die Unionsbürgerinnen und -bürger verständlich sein. Im Vordergrund muss

die Sicherung und Weiterentwicklung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Die EU-Institutionen sollen ein kohärentes EU-Wahlssystem einführen, das die demokratische Entwicklung und Verfasstheit der europäischen Parteien fördert und das Wahlalter ab 16 Jahren etabliert.

Pressefreiheit und demokratischen Wettbewerb europaweit stärken | Differenzierte Kommunikation und offener Dialog sind wirksame Mittel gegen den Vertrauensverlust in die Politik, auch auf europäischer Ebene. Die Bundesregierung und die EU-Institutionen müssen entschlossen die pluralistische Demokratie auf allen Ebenen fördern, anti-europäische Desinformationen enttarnen und bekämpfen. Die Kommunikation der Bundesregierung und der EU-Institutionen zur Europapolitik muss zielgruppenorientiert geführt werden, damit Bürgerinnen und Bürger sich identifizieren und aktiv mitgestalten wollen.

Europäisches Bewusstsein stärken, Europa bilden | Bildung ist das Fundament einer informierten europäischen Gesellschaft, deshalb müssen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in allen Mitgliedstaaten gleichberechtigte Bildungschancen garantiert werden. Die neue EU-Jugendstrategie muss die Situation junger Menschen in Europa verbessern. Der strukturierte Dialog soll qualitativ weiterentwickelt und der Jugendaustausch gefördert werden.

Vorreiterin bleiben: Gleichstellung auf allen Ebenen | Die EU muss bei der rechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern wieder treibende Kraft werden. Diese Gleichstellung muss im Spiegel aller Politikfelder der EU stehen und gilt auch für die Besetzung ihres politischen Spitzenpersonals. Die EU muss darauf hinwirken, dass die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Gleichstellung von Frauen und Männern von den Mitgliedstaaten auch umgesetzt werden.

Mehr zur EBD-Politik:

<http://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/politik-2018-19/>

<http://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/arbeitschwerpunkte/>

Soziale und wirtschaftliche Konvergenz stärkt Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit | Nationale

Egoismen müssen überwunden werden, um gemeinsame Schritte zur Vertiefung der Fiskal-, der Banken- und der Wirtschafts- und Währungsunion auf Basis der sozialen Marktwirtschaft zu unternehmen. Um Wachstum zu fördern und neue Arbeitsplätze – vor allem für Jugendliche – zu schaffen, braucht es kluge Investitionen in Bildung, Forschung und soziale Infrastruktur sowie notwendige Strukturreformen in der gesamten Europäischen Union.

Haushalt an gesamteuropäischen Prioritäten bürgernah ausrichten |

Der EU-Haushalt muss transparent und für die Öffentlichkeit erkennbar an den gesamteuropäischen Prioritäten ausgerichtet sein und künftig einen Demokratie-Bonus enthalten. Projekte, die durch demokratisch verfasste Organisationen umgesetzt werden, müssen in ihrer Arbeit stärker unterstützt werden. Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2021-2027 muss effektiver auf die politischen Anforderungen des nächsten Jahrzehnts ausgerichtet und seine Finanzkraft gestärkt werden. Nationale Rabatte gehören abgeschafft.

Asylstandards gewährleisten, Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtenden helfen |

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa muss grundlegend reformiert werden, um eine gerechte und solidarische Verteilung von Geflüchteten unter Einhaltung einheitlicher Standards zu ermöglichen. Eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik bleibt die gemeinsame Aufgabe aller Mitgliedstaaten. Fluchtursachen sollen durch eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit, eine erfolgreiche Nachbarschaftspolitik und eine faire Handels- und Agrarpolitik bekämpft werden. Die einzelnen Mitglied-

staaten müssen sich zu ihrer Rolle und Verantwortung in Fragen des Asyls und der Zuwanderung bekennen.

Für den Abbau von Grenzen innerhalb Europas |

Die Personenfreizügigkeit ohne Grenzkontrollen muss konsequent wiederhergestellt werden. Als Hüterin der Verträge muss sich die EU-Kommission gegen ein dauerhaftes Aushöhlen von Schengen stellen. Gemeinsam mit der Bundesregierung muss sie Sorge tragen, dass EU-Bürgerinnen und -Bürger anderer Nationalitäten in Deutschland nicht als „Ausländer/innen“ bezeichnet werden. Nur durch Freizügigkeit können Pluralismus und Demokratie grenzüberschreitend gestärkt werden.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik stärken |

Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit muss ausgebaut und damit die Resilienz der EU nachhaltig gestärkt werden. Die Bundesregierung muss die Integration militärischer Fähigkeiten im Sinne der globalen EU-Strategie für die Sicherheitspolitik und in Einklang mit der EU-NATO-Erklärung gemeinsam mit anderen EU-Partnern vorantreiben. Die Europäische Union und die Bundesregierung müssen kurz- bis mittelfristig bi- und multinationale Kooperationen zwischen den EU-Staaten unterstützen und initiieren.

Für einen Binnenmarkt der

Zukunft | Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten müssen neue Handelsverträge ermöglichen und konsequent gegen protektionistische Maßnahmen und unredlichen Steuerwettbewerb vorgehen. Die europäische Handelspolitik muss den Rahmen für eine gerechte und nachhaltige Globalisierung setzen. Internationale Handels- und Investitionsabkommen müssen weiter mit größtmöglicher Transparenz verhandelt

werden, um einen Beitrag zur fairen Gestaltung der Globalisierung zu leisten.

EU-Politiken fit machen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und des Klimaabkommens |

Die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten sollen alle Politiken untersuchen, ob diese den Klimavertrag von Paris und die getroffenen Vereinbarungen zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen erfüllen. Die Europäische Kommission muss eine Umsetzungsstrategie mit Zeitplanung, Zielen und konkreten Maßnahmen zur Einhaltung der Agenda 2030 in allen Politikbereichen der EU vorlegen. Sie muss mit gutem Beispiel vorangehen und globale Vorreiterin für Umweltschutz und nachhaltige Innovationen werden.

Gute EU-Rechtsetzung braucht Transparenz und Gründlichkeit |

Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesse in der EU müssen transparenter gestaltet werden, bei Triloggen etwa durch eine begleitende Dokumentation und eine verpflichtende Abschätzung beschlossener Änderungen. Europäische Rechtsetzung muss einfach, gründlich abgewogen und für die Bürgerinnen und Bürger klar verständlich sein.

Für eine moderne deutsche Europapolitik |

Deutsche Europapolitik muss verlässlich handeln und parlamentarisch wie gesellschaftlich breit verankert werden. Die deutsche Europakoordinierung muss von Grund auf modernisiert werden und sich den heute geltenden EU-Verträgen anpassen. Sie muss sich zukünftig vor allem durch Kohärenz und Inklusion auszeichnen und demokratische und repräsentative Verbände und Vereine aus allen Bereichen der Gesellschaft einbeziehen. Eine „European Public Diplomacy“ über staatliche Akteurinnen und Akteure hinaus kann einen strukturierten europaweiten Dialog fördern.